

Archiv

Sozialdemokratischer Pressedienst

15. DEZ. 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 1a Atomare Verteidigung nur "am Rande" 59

Zur Tagung des NATO-Ministerrats in Paris

2 Der neue Wehrbeauftragte 39

Vor der großen Bewährungsprobe

Von Werner Buchstaller, MdB,

Mitglied des Verteidigungsausschusses

3 Giessen gibt ein Beispiel 45

Alte, hilfsbedürftige Bürger erhalten warmes Essen "frei Haus"

Es geht auch ohne Paragraphen

4 - 5 "Werkstätige des Bildungswesens" 80

Wieviel verdient ein Lehrer in der Sowjetunion?

Von Rudolf Hornig

Atomare Verteidigung nur "am Rande"

Zur Tagung des NATO-Ministerrats in Paris

G. M. - z. Z. Paris

Wenn nicht noch etwas Überraschendes geschieht, werden die Teilnehmer der diesjährigen Pariser Ministerratstagung des Atlantikpaktbesüht sein, alle mit der gemeinsamen nuklearen Verteidigung zusammenhängenden Fragen von der offiziellen Tagesordnung fernzuhalten. Bei den diplomatischen Vorgesprächen hat sich ergeben, daß de Gaulle nur dann über dieses Problem sprechen will, wenn man ihm von vornherein zusichert, Frankreich könne seine von den Vereinigten Staaten organisatorisch, strategisch und politisch unabhängige Atomwaffe in "sovereäner Verantwortung" weiter entwickeln. Im übrigen ist de Gaulle selbstverständlich gern bereit, von allen westlichen Verbündeten finanzielle und wissenschaftliche Hilfe beim Ausbau der eigenen französischen Atomwaffe anzunehmen.

Jetzt eine "ANF" ?

Aus diesen Gründen werden von der Pariser NATO-Konferenz die mit der atomaren Bewaffnung zusammenhängenden Probleme sicher nur am Rande diskutiert werden können. Es wird bilaterale Gespräche geben, über deren Ergebnisse man sich möglicherweise am Ende der Konferenz unterrichtet. Ebenso möglich ist es jedoch, daß die Zweier- oder Dreiergespräche über eine neue Form der gemeinsamen nuklearen Verteidigung geheim bleiben, daß also keinerlei gegenseitige Unterrichtung über den unmittelbaren Kreis der Gesprächspartner hinaus erfolgen wird.

In Kreisen britischer und amerikanischer Diplomaten spricht man jetzt davon, daß man den Namen MLF überhaupt fallengelassen hat. Statt dessen will man das neue Projekt einer möglichen gemeinsamen atomaren Verteidigungskraft ANF (Atlantik Nuclear Force) nennen. Ob Frankreich sich in Gespräche über eine ANF einlassen wird, ist noch völlig unklar, da Washington, London und Bonn den Akzent auf das Wort "gemeinsam" legen, was de Gaulle wiederum nicht akzeptiert.

Der Zypernkonflikt

Großes Kopfzerbrechen bereitet den übrigen NATO-Partnern der noch ungelöste Zypernkonflikt. Zwar ist es in den letzten Monaten gelungen, den Zypernkonflikt zu entschärfen; er bleibt jedoch trotzdem auf der Tagesordnung, da jeder ungelöste Konflikt zwischen NATO-Partnern

selbstverständlich eine latente Schwächung der NATO darstellt. - Die Sowjets haben sich auch nach dem Sturz Chruschtschows in der Zypern-Frage einer gewissen Zurückhaltung befleißigt. Wie es heißt, konnte man in Moskau auf diesem Kurs halten, weil sich sowohl Griechenland wie auch die Türkei einverstanden erklärt haben, daß die Großmächte keine Waffen mehr nach Zypern liefern. Dies war die Voraussetzung für die Stillhaltepolitik der Sowjetunion. Ob es für absehbare Zeit dabei bleiben wird, weiß im Augenblick niemand zu sagen, zumal auch der zyprische Präsident Makarios nach wie vor eine undurchsichtige Haltung einnimmt.

Die Deutschlandfrage

In der Deutschlandfrage ist damit zu rechnen, daß die NATO-Partner in Paris eine Erklärung abgeben werden, in der sie sich erneut verpflichten, ihren Beitrag zur uneingeschränkten Freiheit der Bundesrepublik und Westberlins zu leisten, falls diese Freiheit von irgend-einer Seite bedroht werden sollte. Von einem angeblich britischen Vorhaben, die Diskussion über Abrüstungsfragen und Entspannungszonen in Europa wieder in Gang zu bringen, ist offiziell nichts bekannt.

Bonn will mögliche Konflikte dämpfen

Unter diesen Umständen kann erwartet werden, daß die diesjährige NATO-Tagung verhältnismäßig wenig Neues bringen wird. Natürlich schließt das alles nicht aus, daß am Rande der Konferenz zahlreiche Einzelverhandlungen und Besprechungen zu erwarten sind, deren Ergebnisse ebenso wichtig sein können wie in früheren Jahren die Beschlüsse der offiziellen Konferenz selbst.

Was die Rolle der Bundesrepublik anbetrifft, so darf erwartet werden, daß Außenminister Gerhard Schröder und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel vermeiden werden, latente Konfliktmöglichkeiten durch deutsche Interventionen auszuweiten. Im Gegenteil, die deutsche Delegation scheint sich vorgenommen zu haben, vermittelnd zu wirken, soweit dies in ihren Kräften steht.

Der neue Wehrbeauftragte

Vor der großen Bewährungsprobe.

Von Werner Buchstaller, MdB,

Mitglied des Verteidigungsausschusses

Nach dem unstrittenen Abgang von Vizeadmiral H e y e wäre besondere Veranlassung gegeben gewesen, dem neuen Mann im Amt des Wehrbeauftragten für seine großen Aufgaben einen soliden Start und eine breite Vertrauensgrundlage zu sichern. Es ist ausschließlich Schuld der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der von ihr praktizierten Verfahrensform, daß erstmals ein Wehrbeauftragter nur mit einem Teilvertrauen des Parlaments seine Arbeit aufnehmen muß. Der allseitige Wunsch, die Institution so schnell wie möglich wieder voll aktionsfähig zu machen, dürfte nicht mit partiell-politischer Eile, sondern mußte mit gemeinsamen Anstrengungen a l l e r Fraktionen des Bundestages erfüllt werden. Es konnte vordringlich nicht darum gehen, möglichst schnell einen neuen Mann zu haben, sondern für dieses Amt einen geeigneten Mann und eine breite Vertrauensgrundlage zu finden.

Der Bundeswehr völlig fremd, vom Parlament nur halb akzeptiert, ist Dr. Hoogen in eine große Bewährungsprobe gestellt. Sie zu bestehen, wird schwer sein. Der Sache und der Institution wegen darf ihm aber die Chance dazu nicht verwehrt werden. Der Inhaber dieses Amtes kann nicht Beauftragter der Regierungskoalition, er muß Wehrbeauftragter des B i n g a n z e n Parlaments sein, Hilfsorgan des Bundestages und helfendes Organ für die Bundeswehr.

Unterstellen wir, daß es der neue Wehrbeauftragte mit seinem Amt und seinem Auftrag ernst meint. Wenn es so ist, wird er sich bald mit den Vorstellungen einiger seiner Freunde auseinandersetzen haben. CDU/CSU-Sprecher Dr. S e v e r i n machte mit seinen Ausführungen zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten deutlich, daß man für dieses Amt nicht nur einen neuen Mann, sondern auch einen anderen Inhalt will. Mit seinen Bemerkungen, man müsse durch einen Erlass von Richtlinien, der Institution des Wehrbeauftragten schärfere Konturen geben, die Zuständigkeit des Amtes sinnvoll begrenzen und einer Allzuständigkeit vermeiden und den Wehrbeauftragten vor einer Überfüllung von Aufgaben bewahren, ist das Ziel klar ersichtlich. Es wird die Frage sein ob Dr. Hoogen in dieses Korsett paßt, das der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Dr. Jäger, für ihn bereit hält.

Der Wehrbeauftragte muß ein Mann sein, der ein Wort riskiert und riskieren kann, wenn es um die Fragen der parlamentarischen Kontrolle und die Anliegen der Bundeswehr und der Bürger in Uniform geht. Vizeadmiral Heye war nicht der erste und wird nicht der letzte Mann sein, der im Verfolgen höchst ehrbarer Absichten über das Ziel hinausschießt. Ein Mann, der das tut und geht, ist aber zweifelsohne besser als einer, der nur bleiben kann, weil er schweigt.

+ + +

Gießen gibt ein Beispiel

Alte, hilfsbedürftige Bürger erhalten warmes Essen "frei Haus"

Es geht auch ohne Paragraphen

ap - 60 alte Bürger der Stadt Gießen in Hessen erhalten seit einigen Tagen ein warmes Mittagessen "frei Haus". Es wird ihnen mit einem Kombiwagen von Angestellten des Sozialamtes der Stadt gebracht. Was war geschehen?

Oberbürgermeister Bernd Schneider hatte durch eine Umfrage feststellen lassen, daß zahlreiche betagte Bürger Giessens wegen Krankheit oder anderer Beschwerlichkeiten nicht in der Lage sind, sich ein warmes Essen zu kochen, zu Verwandten oder in ein Restaurant zu gehen, um dort eine warme Mahlzeit einzunehmen. Was tun? fragte sich der junge Sozialdemokrat Schneider. Paragraphen gibt es für solche "Fälle" kaum. Schneider zögerte nicht lange. Ein Kombiwagen wurde angeschafft, Thermosbehälter gekauft und sofort ging es los. Das Essen kommt aus dem Notaufnahmelaager für Flüchtlinge in Gießen, wo alle erforderlichen Kucheneinrichtungen vorhanden sind.

Die Freude ist groß. Die Alten wissen, daß sie nicht vergessen sind und die ganze Stadt ist stolz auf ihren jungen OB.

Wer ist Bernd Schneider? Der 39-jährige OB ist ein Mann, den man landläufig einer "Schreibmaschinenbeamtin" nennen würde. Fast ein Jahrzehnt saß er nach seinem Studium in der Staatskanzlei Wiesbaden. Dort war er persönlicher Referent des Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn. Wer Schneider nur oberflächlich kannte, mußte ihn für einen trockenen Aktenbearbeiter halten. Wer ihn jedoch genauer beobachtete, wußte: Dieser junge, hochaufgeschossene und immer eifrig wirkende Beamte hat mehr in sich, um Zeit seines Lebens in einer Staatskanzlei bleiben zu wollen. Vor ein paar Jahren war es soweit. Bernd Schneider bewarb sich um die freigewordene Stelle des OB in Gießen und wurde gewählt. Mancher alte Praktiker der Kommunalpolitik war damals skeptisch. Wird "der junge Mann" es schaffen?

Seither hat Bernd Schneider in Gießen vieles in Bewegung gebracht. Die früher etwas verträumte Stadt ist lebendig geworden. Wenn irgend ein Problem auftaucht, steigt Bernd Schneider in die "Arena". Er geht in Bürgerversammlungen, diskutiert mit den Bürgern in ihren Stammlokalen und - wenn es sein muß - auf der Straße. Wer mit Schneider durch die Stadt geht, hört mehr als einmal den Gruß "Guten Tag, Bernd" und nicht "Herr Oberbürgermeister".

Bernd Schneider ist überzeugter Sozialdemokrat. Er sagt es jeder, der es wissen will und oft auch denen, die meinen, es sei nicht "fein", sich offen zu seiner politischen Überzeugung zu bekennen.

Sein Wahlspruch: Das Leben lebenswert machen und denen helfen, die es nötig haben!

"Werkstätige des Bildungswesens"

Wieviel verdient ein Lehrer in der Sowjetunion ?

Von Rudolf Hornig

In November ist nach einem Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR von vergangenen Sommer eine Gehaltserhöhung "für die Werkstätigen des Bildungswesens" in Kraft getreten. Es handelt sich um jene Personen, die in Schulen, Vorschuleinrichtungen und anderen Institutionen des Bildungswesens der einzelnen Sowjetrepubliken arbeiten. In der Russischen Föderation (RSFSR = Sowjetrußland) kamen insgesamt 2 Millionen Personen, darunter 1,1 Millionen Lehrer, in den Genuß dieser Gehaltserhöhung. Sie erfordert in der Russischen Föderation über 500 Millionen Rubel jährlich; in der gesamten Sowjetunion über eine Milliarde Rubel.

89 bis 185 Rubel im Monat (1 Rubel o. 4.-- DM)

Der jährliche Mehraufwand von 500 Millionen Rubeln in der Russischen Föderation für 2 Millionen Personen läßt auf jeden Gehaltsempfänger des Bildungswesens im Durchschnitt nur 250 Rubel jährlich entfallen. Wenn dazu festgestellt wird, daß die Lehrergehälter in den Städten um 25 Prozent, auf dem Lande um 30 Prozent und in den Vorschuleinrichtungen (gemeint sind offenbar Kindergärten und Kinderhorte) um 40 Prozent erhöht wurden, so entspricht diese durchschnittliche Gehaltserhöhung von rund 33 Prozent (in bar 500 Millionen Rubel) einer Gehaltsgrundlage von bisher 1 500 Millionen Rubel. Die jetzt in der Russischen Föderation zur Auszahlung kommenden 2 Milliarden Rubel für die "Werkstätigen des Bildungswesens" kommen somit 2 Millionen Menschen zugute. Im Durchschnitt erhält demnach ein "Volkshilfs-Werkstätiger" von jetzt an 1 000 Rubel oder 4 000 DM jährlich an Gehalt.

Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, daß man in der Sowjetunion für 1 Rubel nicht die gleiche Menge Gebrauchsgüter kaufen kann, wie für vier DM in der Bundesrepublik. Ebenso richtig ist aber auch, daß die Ausgaben für Wohnung, Heizung, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitspflege und Erziehung wesentlich niedriger sind als in der Bundesrepublik. Die genannten Vergleichszahlen zwischen Rubel und DM entsprechen daher nur einem angenommenen Wert.

Bei 16 oder 24 Unterrichtsstunden

Es ist anzunehmen, daß die 1,1 Millionen Lehrer in der Russischen Föderation besser bezahlt werden als die übrigen Angestellten des Bildungswesens. Daß diese bei weitem nicht das Durchschnittsgehalt von jährlich 2 000 Rubel erreichen, kann man einer Aufstellung der Moskauer Wochenzeitung "Neues Leben" über die sowjetischen Lehrergehälter entnehmen, die wiederum Anatoli Schustow, Gen Stellvertreter des Bildungsministers der Föderation, zitiert. Danach verdient jetzt ein Lehrer, der höchstens fünf Jahre arbeitet und 18 Stunden wöchentlich unterrichtet, einschließlich der Zulage für das

Kontrollieren der Hefte und die Klassenleitung 98 Rubel monatlich. Das sind jährlich 1 176 Rubel oder 4 704 DM. Was er ohne die beiden Zulagen erhält, wird nicht gesagt. Vor der Gehaltserhöhung muß er demnach, wenn es sich um einen Stadtlehrer handelt, nur 78,2 Rubel bezogen haben.

Die Moskauer Zeitung weist darauf hin, daß die meisten Lehrer mehr verdienen, weil sie wöchentlich 24 Stunden beschäftigt sind. Ihr Gehalt beträgt dann 128 Rubel oder 512 Mark. Die sechs Stunden wöchentlich oder 24 Stunden monatlich mehr werden demnach mit 30 Rubel oder 120 DM honoriert. Die Aufstiegsmöglichkeiten eines Lehrers sind im finanziellen Ergebnis mehr als bescheiden. Heute erhält ein Lehrer, der bereits 25 Jahre arbeitet, bei 18 Wochenstunden 155 und bei 24 Wochenstunden 185 Rubel; das sind 620 oder 740 DM.

700 Millionen Rubel mehr für Mediziner

Am 1. November wurden in der Sowjetunion auch die Gehälter von mehr als 4 Millionen "Mitarbeitern des Gesundheitswesens" um durchschnittlich 23 Prozent erhöht. Die Ärzte in den ländlichen Krankenhäusern und Ambulatorien haben dabei die höchsten Gehaltszulagen erhalten. Bei den Medizineren stellte der Staat für die Gehaltserhöhung 700 Millionen jährlich zur Verfügung. Nach dieser Summe läßt sich berechnen, daß auf jeden Mediziner im Durchschnitt eine jährliche Gehaltserhöhung von 175 Rubel (oder 700 DM) entfällt. Da diese 175 Rubel einer 23prozentigen Gehaltserhöhung entsprechen, lag das Durchschnittsgehalt eines Mediziners vor der Erhöhung jährlich rund 760 Rubel betragen und erhöhte sich ab 1. November auf rund 935 Rubel. Das sind 3 740 DM. Das Durchschnittsgehalt eines Mediziners bewegt sich demnach noch unter dem eines "Volksbildungs-Merkstätigen". Mediziner sind in der Sowjetunion auch nicht Universitätsabsolventen, sondern werden in besonderen Instituten ausgebildet.

Mit Kolchosbauern zu vergleichen

Lehrer und Mediziner sind in der UdSSR bedeutend schlechter gestellt als industrielle Fachkräfte und angelernte Arbeiter, von denen immer wieder behauptet wird, daß sie heute monatlich zwischen 200 bis 400 Rubel verdienen; in besonderen Fällen auch 600 Rubel. Am ehesten sind die Lehrer bei ihren Gehältern mit den Kolchosbauern zu vergleichen. In der gleichen Nummer von "Neues Leben" heißt es in einem Bericht aus dem Gebiet von Alma Ata (offensichtlich allerdings aus einer Muster-Kolchose): "Die Kolchosbauern verdienen bei uns nicht schlecht. Ihr durchschnittlicher Monatsverdienst beträgt 70 bis 120 Arbeitseinheiten oder 80 bis 132 Rubel". Für die Vermittler von Bildung und Kultur wird in der Sowjetunion nicht allzuviel aufgewendet. Kein Wunder, daß niemand Lehrer werden will und immer wieder Idealisten für diesen Beruf gesucht werden.